

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,

für Bürgertum, Beamte, Ungeheilte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 2 RM. in Monats, bei Postbestellung 3 RM. in Monats. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Postboten und anfertigungslos zu jeder Zeit bezogen werden. — Wilsdruff, den 9. Juli 1931.



Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Reklamzeile im täglichen Teil 1 Reichsmark. Nachmittags- und Wochenblätter 20 Reichsmark. Sonntags- und Feiertagsblätter 10 Reichsmark. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wichtigkeit der Anzeigen wird durch die Besondere Berücksichtigung der Anzeigen im Konkurrenzgebiet sichergestellt. Anzeigen werden nur dann angenommen, wenn der Besteller die Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben übernimmt. Anzeigen werden nicht angenommen, wenn der Besteller in Konkurs gerät. Anzeigen werden nicht angenommen, wenn der Besteller die Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben übernimmt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostock behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 157 — 90. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2540

Donnerstag, den 9. Juli 1931

## Der Wille zur Selbsthilfe.

Einen schnellen Blick zurück in die letzten Wochen: Hoovers Vorkauf hatte infolge der langwierigen, häufig scharf zugespitzten Verhandlungen, die sich ihr angeschlossen, ihren ersten Erfolg immer stärker einströmen und zerschmelzen lassen, nicht die Wirkung erzielen können, daß das Mißtrauen — das wirkliche und das künstlich erregte — in der Welt gegen Deutschlands wirtschaftliche und finanzielle Lebenskraft gründlich beseitigt oder gar in ein Vertrauen zu ihm umgedreht wurde. Die Kredit- und Devisenabzüge bei der Reichsbank liegen nach kurzem Rückgang wieder an und verzehren fast restlos auch die etwa 600 Millionen Mark Hilfstredite, die der Reichsbank selbst bzw. ihrer „Tochter“, der Golddiskontbank, zur Verfügung gestellt wurden. Daneben setzen sich fort bzw. steigen ebenfalls wieder die ausländischen Kredite, die über die deutschen Banken in unsere Wirtschaft kurzfristig hineingelassen waren und nun wieder zurückgegeben werden mußten. Daß daneben aus dem Inland selbst nicht bloß die Flucht in die Devisen, sondern die wirkliche Kapitalflucht „hinaus in die Ferne“ erfolgte, ist leider eine durch frühere Erfahrungen und heutige Feststellungen erhärtete Tatsache, die eben auf denselben Grund zurückzuführen ist: das Mißtrauen hier der Deutschen selbst gegenüber der deutschen Wirtschafts- und Währungsstabilität. Wenn man schon im Auslande hierüber ein pessimistisches Urteil fällt, so ist dieser Pessimismus in Deutschland selbst noch viel größer, viel tiefer eingebürgert und fast unanstößig. Natürlich bleibt derartige wieder nicht ohne Rückwirkung auf das Ausland: Wenn die Deutschen selbst es sagen, daß sie der Katastrophe ihrer Wirtschaft nicht entgehen können, dann...

Ein zweiter Blick auf die unmittelbare Gegenwart: Es ist erreicht, daß Deutschland für ein Jahr keine Reparationszahlungen zu leisten hat. Infolgedessen ist es notwendig, zunächst einmal die Welle des ausländischen Mißtrauens zum Stehen und zum Zurückrollen zu bringen, also die Reichsbank zu sanieren. An sich kommt sie zu einer gewissen Erholung schon durch den Rückgang des Notenumlaufs und durch die fortgesetzte Kreditbeschränkung gegenüber den Finanzierungswünschen der Wirtschaft bzw. der Banken. Aber zum 16. Juli ist der 420 Millionen-Mark-Kredit an die ausländischen Notenbanken fällig. Wird er verlängert, dann hilft dies der Reichsbank nicht bloß aus der gegenwärtigen Klemme, sondern ist vor allem und entscheidend der Beweis dafür, daß die maßgebenden Geldinstitute sich von jener Mißtrauenswelle nicht fortziehen lassen wollen, sondern sich ihr ausdrücklich und absichtlich zusammen mit der Reichsbank entgegenstellen, die fürmischen Gewässer bebuhigen helfen. Damit wäre also ein Doppelpes gewonnen, würde die Beunruhigung zum großen Teil aus der Welt geschafft.

Ein übriges geschieht nun durch die deutsche Wirtschaft selbst in engem Zusammenhang mit jenem auf dasselbe Ziel gerichteten: Der amerikanische 50-Millionen-Dollar-Kredit der Deutschen Golddiskontbank ist jetzt fast aufgebraucht worden, nachdem er sieben Jahre überflüssig gewesen war. Auch er soll verlängert werden und, damit die nötige Garantie dafür da ist, haben sich 1000 deutsche Großunternehmen der Industrie, des Handels und des Bankgewerbes bereit erklärt, geschlossen eine Ausfallbürgschaft zu übernehmen in Höhe von 500 Millionen. Es sind dieselben Betriebe, die seit 1924 die Industrieumlage des Dawes-Planes aufbringen hatten; diese ist im Young-Plan zwar abgelehnt, trotzdem aber beibehalten worden, um die Kredite für die Selbsthilfe zu finanzieren. Eine neue Organisation braucht für den Unterbau der Ausfallbürgschaft nicht erst gebildet werden, sondern sie ist da.

Zu den oben angedeuteten Hoffnungen und Wünschen auf ausländische Hilfe gesellt sich hier der Wille zur Selbsthilfe der deutschen Wirtschaft. Unmittelbar soll nur eine Verlängerung des amerikanischen Kredits an die Golddiskontbank erreicht werden. Mittelbar aber mehr, und hier nicht etwa bloß eine Erhöhung dieses Kredits, die ja auch wieder ein Beweis des Vertrauens gegenüber Deutschlands Wirtschaft wäre. Sondern das alles soll nur erst der Anfang sein zur Wiederherstellung des allgemeinen Vertrauens, des deutschen „Kredits“ im Ausland und im Inland. Aber dieser „Kredit“, dieses Vertrauen soll und darf nicht wieder — finanziell und ideell — kurzfristig sein. Davon haben wir genug und übergenug! Langfristig festgelegte Kapitalien allein können Ruhe schaffen, die immer sich wiederholende Beunruhigung ertragbar machen, als wenn diese gleich noch durch Kredit- und Devisenabmärsche verschärft werden oder gar bis dicht an die Katastrophe herangehen. Konsolidierung durch solche Kapitalzufuhr und auch durch die Ersparnisse des Hoover-Jahres bei den öffentlichen Haushalten hat soeben der Reichsfinanzminister als dringendste deutsche innenwirtschaftliche Aufgabe der öffentlichen Hand bezeichnet. Natürlich darf das nicht heißen, daß etwa die Länder und Gemeinden sich hemmungslos auf den Kapitalmarkt stürzen dürfen, um ihre kurzfristigen Schulden in Anleihen umzuwandeln zu wollen. Dann käme rasch das Ende mit Schrecken. Sondern auch hier ist die Selbsthilfe das erste und vorrangigste. Und wenn man den Willen zum Emporkommen hat trotz des harten Weges, auf dem wir

## Sachverständigenkonferenz am 17. Juli

### Anschließend Ministerkonferenz

#### Frankreichs Konferenzangst.

Hoovers Reparationspläne.

Ganz abgesehen davon, daß der Hoover-Plan durch die französischen Gegenmaßnahmen sehr stark an Wirkung einbüßte, hat sich in Amerika — vielleicht gerade durch die französische Hartnäckigkeit — sehr schnell die Überzeugung durchgesetzt, daß mit dem einjährigen Zahlungsausschub nur ein Anfang gemacht ist, und daß der entscheidende Kampf um die Wendung der Weltpolitik erst im Laufe dieses Jahres durchgeföhrt werden muß. Die „New York Times“, das bedeutendste Blatt Amerikas, erklärt in einem Artikel an hervorragender Stelle, das Moratoriumsjahr müsse zu einem Jahr schärfter Aktivität werden, es sei kein Finanzprophet nötig, um vorauszusagen, daß der Young-Plan geändert werden müsse. Der Plan könne in der alten Form nicht fortgeführt werden, die Weltkrise habe seinen Zusammenbruch verursacht.

Diese Erkenntnis, die durch Hoovers Aktion sich sehr schnell in der Welt verbreitet, macht den Franzosen natürlich nicht geringe Sorgen, denn sie fürchten — und hoffen nicht mit Unrecht —, daß das Moratoriumsjahr den

Entscheidungskampf um den Young-Plan bringen wird. Nur ungern hat sich deshalb Paris mit der Sachverständigenkonferenz in London einverstanden erklärt, es wittert dahinter die Gefahr, daß daraus leicht eine Konferenz größter Bedeutung herauswächst, wie sie die Amerikaner von Anfang an wollten, nämlich die große Tributkonferenz. Die Darstellung, die der amerikanische Staatssekretär Castle in Washington von der Vorgeschichte des Hoover-Planes gegeben hat, läßt erkennen, daß Hoover ursprünglich sofort an eine endgültige Regelung der Tributfrage herangehen wollte. Nur die verwickelte Lage der deutschen Finanzen hat ihn in letzter Stunde zu einer Änderung der Taktik veranlaßt. Damit ist aber der große Plan keineswegs aufgegeben worden. Hoover hat absichtlich keine beiden hervorragenden Kabinettsmitglieder gleichzeitig nach Europa geschickt, um auch nach der Annahme des Zahlungsausschubes mit der notwendigen Aktivität die Verhandlungen über die

Abrüstung und Tribute

gleichzeitig aufnehmen zu können. Die französische Regierung lehnt vorläufig die Teilnahme an einer großen Tributkonferenz ab. Aber es ist leicht möglich, daß aus der Londoner Sachverständigenkonferenz doch etwas anderes wird, da die Engländer dieser Konferenz eine größere Bedeutung geben wollen.

Mit Mißtrauen beobachtet man die Zurückhaltung der Reichsregierung. Während der amerikanischen Finanzminister Mellon seine europäischen Besprechungen in London begann, reist Stimson zunächst nach Rom. Man schließt daraus in Paris, daß

Italien

in der Abrüstungsfrage etwa die Rolle spielen wird, die England in der Tributfrage gespielt hat und weiter spielen will, während Deutschland hinter den Kulissen bleibt. Gewisse Kreise der französischen Politik, die mit der jetzigen Regierungspolitik nicht zufrieden sind, drängen die Regierung, der Entscheidung in der Tributfrage zuvorzukommen und den Young-Plan dadurch zu retten, daß man Deutschland eine langfristige Anleihe anbietet, die selbstverständlich an eine Reihe von politischen Bedingungen geknüpft sein müßte.

Eine dieser Bedingungen sei die Verpflichtung der Reichsregierung, auf keinen Fall die Münzungen zu vermehren, auch zwar während der ganzen Dauer der Anleihe, nicht nur während des Hoover-Moratoriums.

#### Londoner Konferenz erst Ende nächster Woche.

Die englische Regierung hat sich mit dem französischen Vorschlag einverstanden erklärt, die Londoner Hoover-Plan-Konferenz erst gegen Ende der nächsten Woche beginnen zu lassen. Sie hat dementsprechend die französische Regierung unterrichtet.

Die Konferenz soll mit Sitzungen von Sachverständigen beginnen; sobald diese die Vorarbeiten hinreichend gefördert haben, soll sich eine Ministerkonferenz daran anschließen. In diesem Sinne beabsichtigt die englische Regierung, sofort

Einladungen an die am Young-Plan interessierten Mächte einschließlich Deutschland

zu entsenden. Auch Amerika wird eine Einladung zur Teilnahme an der Konferenz erhalten, wobei es den Vereinigten Staaten überlassen bleibt, sich in der Eigenschaft vertreten zu lassen, die ihrer besonderen Stellung und ihren Wünschen entspricht.

Verhandlungen über das Programm der Konferenz sind noch nicht eingeleitet. Ihre Dauer ist noch nicht zu übersehen. Wenn auch die englische Regierung sich bemühen wird, die Verhandlungen möglichst abzukürzen, so herrscht doch

weitergehen müssen, dann wird auch in Deutschland selbst der unfruchtbare, hemmende, ja wirtschaftlich geradezu zerstörende Pessimismus in seine dunklen Löcher zurückzuziehen. Deswegen brauchen wir aber auch nicht gleich in einem ebenso gefährlichen, vorläufig auch noch gar nicht berechneten Optimismus hinüberzukippen. Der Weltmarkt wird uns noch unter dem Gepäck, das wir zu tragen haben, und infolge des harten, steinigen Weges noch schwer genug antommen.

in den diplomatischen Kreisen Londons die Auffassung, daß man sich auf eine längere Dauer geföhrt machen muß. Diese Ansicht wird damit begründet, daß dem Bestreben der Franzosen, möglichst bindende Erklärungen über die weitere Wirksamkeit des Young-Planes zu erhalten, der Wunsch der anderen Mächte gegenübersteht, sich die Wege zu einer Revision oder zu einer Verlängerung des Hoover-Moratoriums offenzuhalten. Hinzu treten die nicht zu unterschätzenden Schwierigkeiten der finanztechnischen Einzelprobleme, die sich aus Fragen wie z. B. den Sachlieferungen usw. ergeben.

#### Die Sachverständigenkonferenz in London

London, 8. Juli. Wie der amtliche englische Funtendienst meldet, wird die Sachverständigenkonferenz der am Youngplan beteiligten Mächte am 17. Juli in London eröffnet werden. Dieses Datum ist auf Grund von Besprechungen zwischen der englischen und französischen Regierung bestimmt worden. Nach Beendigung der Arbeiten der Sachverständigen wird eine Ministerkonferenz einberufen werden. Der Beginn dieser Konferenz ist jedoch noch nicht bestimmt.

#### Brüning über die Verwendung der Moratoriumsgelder.

Offizielle Erklärung in Paris.

Boischafter von Hoersch hat den Ministerpräsidenten Laval aufgesucht und ihm eine Abschrift der Erklärung des Reichskanzlers an den Präsidenten Hoover überreicht, wonach im Laufe des Feierjahres feinerlei Mittel zur Erhöhung des Reichswehr- oder des Marinehaushaltes verwendet werden würden. Er hinterließ dem Ministerpräsidenten auch eine Niederschrift der Erklärung des Reichskanzlers im Aufruf der Reichsregierung über das selbe Thema.

Hierzu ist festzustellen, daß Ministerpräsident Laval bis jetzt eine derartige Erklärung amtlich nicht gefordert hat. Es handelt sich also um einen spontanen Schritt der Reichsregierung. Weitere Forderungen einer neuen förmlichen an die französische Regierung zu richtenden Erklärung über die Verwendung der freiwerdenden Mittel würden mit größter Entschiedenheit abgelehnt werden.

#### Luther fährt nach London.

1,6 Milliarden-Anleihe für Deutschland? Die Bank von England hat bisher die Meldung von einer Verlängerung des an die Reichsbank gegebenen Vorschusses weder bestätigt noch dementiert. In City-Kreisen rechnet man damit, daß den deutschen Banken eine Anleihe von mindestens 1,6 Milliarden begeben werden muß. Eine englische Nachrichtenagentur verbreitet die Meldung, daß Reichsbankpräsident Luther zu Verhandlungen nach London kommen werde.

#### Paris zu Hoovers Schuldenrevisionsplan.

Paris, 8. Juli. Die Meldung, daß die amerikanische Regierung eine Revision sämtlicher Schulden und Reparationen ins Auge fäße, falls der Hooverplan nicht die erwarteten Ergebnisse zeitige, wird in Paris mit größter Zurückhaltung aufgenommen. Die Blätter beschränken sich vorläufig auf die Wiedergabe der Washingtoner Meldung und vermeiden es, dazu Stellung zu nehmen. Genau so verhält es sich mit den Meldungen über allgemeine Abrüstungsvorschläge Hoovers. Nur die „Liberte“ gibt der Befürchtung Ausdruck, daß Frankreich zum zweiten Male vor eine vollendete Tatsache gestellt werden könnte.

#### Hoover dementiert sich?

Washington, 8. Juli. Die Erklärung des Unterstaatssekretärs Castle vom Dienstag, daß Hoover anfänglich die allgemeine Herabsetzung der politischen Schulden vorgeschlagen beabsichtigt habe, hatte den Eindruck erweckt, daß das einjährige Schuldenmoratorium lediglich als Auftakt einer substantiellen Reduzierung der Reparationszahlungen und der interalliierten Schulden gedacht seien. Der heftige Widerspruch, den diese Auslegung im Lager der unbedingten Revisionsgegner unter den Kongreßmitgliedern ausgelöst hat, veranlaßte Castle, auf dem Presseempfang am Mittwoch, anscheinend auf Veranlassung Hoovers, die Erklärung vom Dienstag zu widerrufen. Der Unterstaatssekretär betonte, daß Hoover zu keiner Zeit „irgendeine ständige Revision“ der bestehenden Schuldenabmachungen vorgeschlagen oder in Erwägung gezogen habe. Zweck des Hoover-Planes sei lediglich gewesen, die durch die Weltdepression hervorgerufene wirtschaftliche Bürde zu erleichtern. Die Washingtoner Regierung habe ihren Standpunkt in der Erklärung Hoovers vom 20. Juni klar zum Ausdruck gebracht. Die Unantastbarkeit aller